



Siegestrunkene Vergangenheit: Im Dezember 2015 feiern welsche SVP-ler um Nationalrätin Céline Amaudruz (rechts) mit Neo-Bundesrat Guy Parmelin. Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

Verflogener Parmelin-Rausch: SVP kuriert ihren Kater aus

Von der Wahl ihres ersten Westschweizer Bundesrates erhoffte sich die SVP einen Aufschwung in der Romandie. Doch der blieb aus: Noch immer dominiert ennet der Saane das Misstrauen gegen die «Deutschschweizer Partei».

von Dennis Bühler
und Antonio Fumagalli

Es ist mehr als die Wahl eines Waadtländers: Als Guy Parmelin am 9. Dezember 2015 Thomas Aeschi und Norman Gobbi aussticht und in den Bundesrat gewählt wird, freut sich die gesamte Westschweizer SVP. Der Neuenburger Parteipräsident Yvan Perrin jubelt vor dem TV im Berner «Hotel Ambassador» mit Vertretern der Waadtländer Sektion, später trinkt man an der Fraktionssitzung im «Kornhauskeller» Petite Arvine aus dem Wallis. Als Parmelin einige Tage später zur Wahlfeier in seine Heimat reist, stoppt der

Sonderzug für einen Zwischenhalt in Freiburg, SVP-ler überall in der Romandie hoffen, der Aufstieg des Weinbauern in die Landesregierung stelle eine Zeitenwende dar: Die SVP, die in der Romandie bei den Nationalratswahlen einen um zwölf Prozentpunkte geringeren Wähleranteil erreicht hat als in der Deutschschweiz (21 statt 32,9 Prozent), soll nun endlich auch im französischsprachigen Landesteil den endgültigen Durchbruch schaffen.

Der damalige Parteipräsident Toni Brunner prognostiziert: Landesvater Parmelin werde der Volkspartei ennet der Saane einen Wählerzuwachs von vier Prozent bringen. Auch SVP-Vordenker Christoph Blocher jubelt: «Unsere



«Die Verluste sind nicht schönzureden: Sie sind dramatisch.»

Gabriel Lüchinger
SVP-Generalsekretär

Strategie ist aufgegangen: Endlich haben wir einen Romand im Bundesrat!»

Niederlagen in drei Kantonen

Seit diesen Szenen und Worten sind anderthalb Jahre vergangen. Und längst sind die euphorischen Töne Katzenjammer geworden. Ob in Freiburg, im Wallis oder am vergangenen Sonntag in Neuenburg – wo immer zuletzt in der Westschweiz gewählt wurde, verfehlte die SVP ihre Ziele: Im Freiburger Grossen Rat konnte sie ihre 21 Sitze immerhin halten, blieb drittstärkste Kraft hinter der SP und der CVP, schaffte aber den Einzug in die Exekutive nicht; im Wallis gewann sie zwar zwei Parlamentssitze hinzu, verlor aber Staatsrat Oskar

Freysinger; und nun in Neuenburg büsste sie sage und schreibe elf ihrer 20 Parlamentssitze ein und verpasste den Sprung in die Regierung klar.

In der nationalen Parteileitung ist man alarmiert. «Die Verluste sind nicht schönzureden: Sie sind dramatisch», sagt Generalsekretär Gabriel Lüchinger. Dass die Romandie der SVP Schweiz alles andere als egal ist, sieht man schon im Organigramm. In der Parteileitung gibt es – analog zur italienischsprachigen und romanischen Schweiz – eigens einen Vertreter für die französischsprachige Schweiz. Es ist dies der perfekt zweisprachige Jurassier Didier Spies. Seine Aufgabe ist es, Befindlichkeiten aus den Westschweizer Sektionen in die nationale Parteileitung zu tragen.

Spies weiss also, wie die Romandie tickt. Doch primär will er sich als Generalsekretär der SVP Jura äussern. «Westschweizer und Deutschschweizer, das sind zwei verschiedene Persönlichkeiten», sagt er. Romands seien viel sensibler. «Brüskieren geht gar nicht.» Spies denkt etwa an die Burka-Kampagne vor der Abstimmung zur Drittgenerations-Einbürgerung im Februar, die ein Komitee rund um den Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner verantwortete. «In der Romandie kommen solche Plakate nicht gut an», sagt er. Vertreter der Westschweiz hätten die Parteileitung deshalb schon vor einiger Zeit gebeten, vor jeder nationalen Abstimmungskampagne die Sujets mit ihnen auf «kulturelle Vereinbarkeit» zu prüfen.

«Nicht in die Köpfe hämmern»

Ohnehin würden Westschweizer alles, was von ennet dem Röstigraben kommt, «zuerst mal hinterfragen», so Spies. Die SVP werde noch immer als Partei wahrgenommen, in der Deutschschweizer den Ton angeben. Dies zu ändern, brauche Zeit. «Die SVP-Ideologie muss wachsen, man kann sie nicht auf Biegen und Brechen in die Köpfe hämmern.» Ähnlich äussert sich die Waadtländer Nationalrätin Céline Amaudruz: «Der Anti-SVP-Reflex ist in der Romandie nach wie vor stark. Als Vertreterin dieser Partei wird man richtiggehend stigmatisiert.»

Der definitive Lackmустest steht der Westschweizer SVP noch bevor: Ende Monat wählt die Waadt Parlament und Regierung neu. In Ersterem hat die SVP derzeit 27 von 150 Sitzen, doch das ist ihr nicht genug. «Unser Ziel sind 30», sagt Jacques Nicolet, Präsident der Kantonalpartei. Er zählt dabei nicht zuletzt auf die Zugkraft der «Persönlichkeit unseres Bundesrats». Wenigstens im Heimatkanton, hofft die ganze Partei, soll der Parmelin-Effekt spielen.

Nur noch Fürsorgegeld in Zürich

Vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer (Asylsuchende mit Ausweis F) erhalten im Kanton Zürich künftig nur noch Asylfürsorge gezahlt – also 360 Franken pro Monat. Bisher gewährte der Kanton den Ausweis-F-Inhabern ein Sozialhilfe- und Fürsorgeansatz von total rund 900 Franken monatlich. Die Änderung beschloss gestern der Kantonsrat.

Es handelt sich um Menschen, deren Asylgesuch abgewiesen wurde, die wegen der Situation in ihrem Herkunftsland aber nicht zurückgeschafft werden können. Die Gesetzesänderung hat zur Folge, dass die Gemeinden vom Kanton kaum mehr Geld für Integrationsmassnahmen erhalten. Der Stadt Zürich würden jährlich bis zu drei Millionen Franken entgehen. Die Stadt ziehe daher in Betracht, gegen die Gesetzesänderung das Referendum zu ergreifen, sagte der Stadtzürcher Sozialvorsteher Raphael Golta (SP). (sda)

Schwarze statt rote Zahlen in Kantonen

Die finanzielle Situation der Kantone ist 2016 rosiger, als deren Vertreter zuvor glaubhaft machen wollten.

von Eva Surbeck

In etlichen Kantonen fallen die Rechnungsabschlüsse für 2016 besser aus als erwartet. Sie weisen unter dem Strich schwarze statt rote Ziffern aus oder zumindest kleinere Defizite als befürchtet. Das zeigen die Zahlen von 23 der 26 Kantone.

Zusammengezählt belaufen sich die für 2016 budgetierten Defizite in den 23 Kantonen auf 1512,25 Millionen und die veranschlagten Überschüsse auf 325,7 Millionen Franken. Effektiv beträgt die Summe der Defizite nun aber 800,4 Millionen Franken und die der Überschüsse 1055,1 Millionen Franken. Unter dem Strich beträgt der Rechnungssaldo damit +254,7 Millionen Franken. Budgetiert worden war per saldo ein Defizit von 1186,45 Millionen Franken.

Für Andreas Huber, Sekretär der Finanzdirektorenkonferenz, bedeuten diese Zahlen «sicher keine Entwar-

nung», wie er vergangene Woche der Nachrichtenagentur SDA sagte. Denn auch bei schwarzen Zahlen oder einer Rechnung über dem Budget könne es strukturelle Defizite geben.

Nationalbank sei Dank

Ein mehrfach genannter Grund für bessere Rechnungsabschlüsse sind nicht in die Budgets aufgenommene Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank. Doch Steuereinnahmen von juristischen Personen seien im Voraus eben schwierig abzuschätzen, sagt Huber. «Bei vom Export abhängigen Firmen kann der starke Franken zu einer Margenkompression führen, die sich nur verzögert auswirkt.»

Mit Rot gerechnet und mit Schwarz abgeschlossen haben Genf, St.Gallen, Thurgau, Graubünden, Schaffhausen, Schwyz, Uri, Glarus und Appenzell Innerrhoden. In Schaffhausen waren rekordhohe Steuern von Unternehmen

ein Grund für die Verbesserung, in Schwyz eine Steuererhöhung für Topverdiener, in Genf deutlich höhere Einnahmen bei Immobilien- und Erbschaftssteuern.

Zum Überschuss im Gebirgskanton Wallis von 41,8 Millionen Franken trugen ebenfalls höhere Steuereinnahmen und eine Gewinnausschüttung der Nationalbank bei. Mit dem Über-

schuss können die Fehlbeträge von 2013 und 2014 kompensiert werden.

Die Ausgaben haben die Kantone laut Huber im Griff. Eine Ausnahme seien der Gesundheits- und der Sozialbereich. Die wachsenden Gesundheitskosten sind in seinen Augen aber nicht allein auf die alternde Bevölkerung oder den Mengeneffekt zurückzuführen.

Ausreisser nach unten

Doch es gibt Ausreisser nach unten: Der Kanton Aargau verbuchte statt eines Defizits von gerade mal 50000 Franken ein Minus von 105,4 Millionen Franken. Der Kanton nahm weniger Steuern ein, musste aber für Gesundheit, bei den Sozialversicherungen sowie für die Betreuung von Asylsuchenden mehr ausgeben. Auch in Luzern war das Defizit rund ein Fünftel höher als erwartet, und auch dort waren das Gesundheits- und das Asylwesen teurer als erwartet. (sda)

254

Millionen

Statt einen Verlust von 1,186 Milliarden weisen 23 der 26 Kantone im Total einen Gewinn von 254,7 Millionen Franken aus.